

## IRAN

### Konvertit an Weihnachten festgenommen

Als „Gefangenen des Monats Februar“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA den iranischen Christen Ismail Narimanpour benannt. Mitarbeiter eines iranischen Geheimdienstes nahmen den ehemaligen Muslim am Heiligabend 2023 in der Stadt Dezful in der südwestiranischen Provinz Chuzestan fest. Narimanpour gehört der Freikirche „Payram-e-Rahai“ an, was übersetzt „Botschaft-der-Freiheit“ bedeutet. Er war bereits im Jahr 2021 wegen angeblicher „Propaganda gegen das Regime“ eingesperrt und dabei misshandelt worden.

Die Geheimdienstleute durchsuchten anlässlich der Festnahme die Wohnung des Konvertiten und beschlagnahmten seinen Compu-

#### Musterbrief

Seiner Exzellenz  
Präsident Ebrahim Raisi  
c/o Botschaft der Islamischen Republik Iran  
Podbielskiallee 65-67  
14195 Berlin  
Fax 030-8435 3535

Sehr geehrter Herr Präsident,  
der iranische Staatsbürger Ismail Narimanpour hat sein Recht wahrgenommen, seinen Glauben zu wechseln und sich einer evangelischen Hauskirche angeschlossen. Der Christ wurde am 24. Dezember 2023 in der Stadt Dezful festgenommen. Die Sicherheitskräfte durchsuchten anlässlich der Festnahme die Wohnung des Konvertiten und beschlagnahmten seinen Computer und ein Mobiltelefon. Er war bereits im Jahr 2021 wegen angeblicher „Propaganda gegen das Regime“ eingesperrt und dabei Berichten zufolge misshandelt worden.

Laut Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sowie Artikel 18 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, den der Iran völkerrechtlich bindend ratifiziert hat, steht jedem Menschen die Freiheit zu, seinen Glauben zu wechseln und sogar für diesen zu werben. Daher appelliere ich an Sie, sich für die sofortige und bedingungslose Freilassung des Gefangenen einzusetzen.

Hochachtungsvoll

Musterbriefe in deutscher und englischer Fassung können Sie herunterladen:  
<https://www.religionsfreiheit-igfm.info>



FOTO: „ARTICLE 18“

Ismail Narimanpour

ter und ein Mobiltelefon. Als sich seine Frau und sein Bruder noch am selben Tag bei den Sicherheitskräften über den Verbleib Ismail Narimanpours erkundigten, wurden sie zunächst auch festgenommen und erst nach mehrstündigen Verhören freigelassen. Am Tag, nachdem er abgeführt worden war, durfte Narimanpour schließlich seine Familie verständigen. Er war in das Zentralgefängnis von Ahvaz verlegt worden. Bislang ist noch nicht klar, was die iranischen Behörden ihm vorwerfen.

## INDIEN

### Hindu-Tempel auf Moschee-Ruinen eröffnet

Der indische Premierminister Narendra Modi hat am 22. Januar 2024 einen umstrittenen Hindu-Tempel in Ayodhya im nordindischen Bundesstaat Uttar Pradesh eröffnet. Modi legte dabei traditionell bekleidet eine Lotusblume vor der geschmückten Skulptur aus schwarzem Stein nieder. Die Kultstätte ist Ram (auch Rama genannt) gewidmet, Sohn des Königs Dasharatha von Ayodhya, gemäß hinduistischer Vorstellung eine Inkarnation der Hindu-Gottheit Vishnu, von der das Heldenepos Ramayana berichtet. Für hindunationalistische Kreise stellte diese Einweihung einen symbolischen Akt zur Wiedererlangung ihres religiösen Stolzes dar. Ihrer Auffassung zufolge wurde dieser durch Jahrhunderte der Mo-

gulherrschaft und des britischen Kolonialismus überschattet. Nachrichtensender berichteten im Live-Ticker über das Ereignis, an dem mehr als 7.000 Prominente teilnahmen.

Angehörige der Minderheiten und Beobachter der Menschenrechtsslage in Indien betrachten die Zeremonie als weiteren Schritt, der das bevölkerungsreichste Land der Welt von dem Gründungskonzept der säkularen Demokratie entfernt. Insbesondere für die muslimische Minderheit bedeutet die Einweihung eine Verherrlichung von Unrecht, das ihnen widerfahren ist.

Die Generationen der über 40-Jährigen erinnern sich an den 6. Dezember 1992 als einen der dunkelsten Tage in der Geschich-

te der indischen Muslime: Rund 150.000 Hinduaktivisten versammelten sich damals in Ayodhya, die durch eine Kampagne der BJP aufgestachelt waren, und rissen in den frühen Morgenstunden die Babri-Moschee aus dem 16. Jahrhundert ab. Der Abriss der Moschee löste in ganz Indien blutige Unruhen aus, bei denen 2.000 Menschen, hauptsächlich Muslime, ums Leben kamen. Das Nachspiel dauerte bis ins Jahr 2019, als der Oberste Gerichtshof Indiens zwar die Zerstörung der Moschee als „ungeheuerlichen Verstoß“ gegen das Gesetz bezeichnete, den Standort aber dennoch den Hindus zusprach. Der Tempel wurde nun auf den Trümmern der islamischen Gebetsstätte errichtet.

## RUSSLAND

# Priester wurde wegen kriegskritischer Haltung seines Amtes enthoben

Der bekannte russische-orthodoxe Erzpriester Alexej Uminski ist am 13. Januar vom Moskauer Diözesengericht nach mehr als 30 Dienstjahren seines Amtes enthoben worden. Dem bisherigen Vorsteher der Dreifaltigkeitskirche in Moskau wird „Eidbruch“ vorgeworfen. Der mutige Priester hatte sich geweigert, das Gebet für das „Heilige Russland“ während der Göttlichen Liturgie zu sprechen. Wie auch andere Geistliche, die kriegskritisch und nicht nationalistisch orientiert sind,

konnte er die darin enthaltene Bitte um Sieg durch Gottes Macht nicht mit seinem Gewissen vereinbaren. Er wurde bereits durch einen neuen Vorsteher, Erzpriester Andrej Tkatschew, ersetzt, der die Haltung seiner Kirchenleitung in der Kriegsfrage bedingungslos unterstützt.

Berichten örtlicher Menschenrechtsinitiativen zufolge gibt es Dutzende Fälle, in denen orthodoxe Geistliche wegen ihrer Kritik am Krieg verfolgt werden. Unter der Leitung von Patriarch Kirill befür-

wortet die russisch-orthodoxe Kirche den Überfall auf die Ukraine, die sie als Verteidigungskrieg im Kampf für christliche Werte beschönigt. Viele Russen nehmen die Kirche inzwischen als Teil des Staatsapparats wahr. Offizielle Statistiken offenbaren, dass die Zahl der Gottesdienstbesuche zugleich stark zurückgehen. Inzwischen liegt sogar eine Petition zugunsten von Vater Alexej Uminski vor, der sich bereits mehr als 12.000 Unterzeichner angeschlossen haben.

## BELARUS

# Verschärfung des Religionsgesetzes

Am 5. Januar ist ein neues, verschärftes Religionsgesetz in Belarus veröffentlicht worden, das am 5. Juli in Kraft treten soll. Sämtliche Religionsgemeinschaften müssen sich demnach neu registrieren lassen. Religiöse Betätigung ohne staatliche Registrierung war bereits zuvor verboten. Dieses Verbot besteht weiterhin – die Voraussetzungen für die Zulassung werden jedoch verschärft, wie die Osloer Organisation „Forum 18“ in einem Bericht schreibt, den der Arbeitskreis Religionsfreiheit der Österreichischen Evangelischen Allianz

übersetzt hat. Angehörige einiger Religionsgruppen befürchten, dass eine Reihe von Gemeinschaften, besonders kleinere, die strengen Voraussetzungen nicht erfüllen könnten. Das Gesetz schützt vorgeblich vor „Extremismus“ und „Terrorismus“. Offen bleibt jedoch in dem Text, welche konkreten Merkmale diese Tatbestände ausmachen sollen.

Religiöse Literatur sowie karitative Aktivitäten werden demnach strikter kontrolliert. Eine neue Bestimmung, die den Religionsunterricht regelt, benachteiligt etwa

die Minderheit der polnischen Katholiken: Sie dürfen künftig ihren Glauben nur noch in der belarussischen oder russischen Sprache weitergeben. Drei UN-Sonderberichterstatter haben bereits im vorigen August das Regime angemahnt: Das Gesetz widerspricht internationalen Menschenrechtsnormen, zu deren Einhaltung Belarus sich verpflichtet hat: Es handelt sich bei den UN-Vertretern um die Zuständigen für Religions- und Glaubensfreiheit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie für die Menschenrechtslage in Belarus.

## NIGERIA

# Gewaltsame Übergriffe auf christliche Dörfer

Die Christen im zentralnigerianischen Bundesstaat Plateau kommen nicht zur Ruhe: Rund 20 ländliche, mehrheitlich christlich bewohnte Gemeinden in den Regierungsbezirken Bokkos und Barkin Ladi wurden über Weihnachten 2023 zur Zielscheibe einer Serie bewaffneter Überfälle. Mindestens 200 Menschen fielen den Angriffen zum Opfer, mehr als 500 weitere Personen überlebten verletzt, tausende Bewohner flohen. Durch Brandschatzung entstand zudem erheblicher Schaden; mehr als 1.000 Häuser wurden zerstört. Nicht alle Leichname konnten identifiziert werden und weiterhin werden Personen vermisst. So ist die genaue Zahl der Opfer bislang nicht zu bestimmen.

Am 25. Januar 2024 wurde nochmals ein mehrheitlich christlich besiedeltes Dorf namens Kwahaslalek im Bundesstaat Pla-



den dafür verantwortlich. Diese islamischen Viehzüchter betrachten die christlichen Bauern als Konkurrenten um Land, eine zunehmend knappere Ressource angesichts von Wüstenbildung und Bevölkerungswachstum. Die Angriffe sind offenbar religiös aufgeladen: Islamisten haben die Banden unterwandert, die systematisch aufgerüstet werden. Überlebende beklagen insbesondere die Wehr- und Straflosigkeit: Die Sicherheitskräfte des Staates kommen regelmäßig mit erheblicher Verzögerung

zum Tatort und die Suche der Behörden nach den Tätern verläuft in der Regel ergebnislos. Seit Beginn des Jahrzehnts sind jedes Jahr rund 4.000 bis 5.000 Christen in Nigeria den Dschihad-Attacken zum Opfer gefallen.

Überlebende des Terrors machen in allen Fällen militante Fulani-Hirtennoma-

**VORANKÜNDIGUNG: IGFM-Jahrestagung – 20./21. April 2024 in Bonn**